

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 4 / 2018

ERFOLGREICHER WIDERSTAND GEGEN EUROPAS TÖDLICHSTEN WAFFENEXPORTEUR

*Mit dem GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE bringen wir Licht ins Dunkel
der weltweit agierenden Rüstungsindustrie, aufgezeigt am Beispiel von Heckler & Koch*

Gemessen an der Zahl der Opfer ist der deutsche Kleinwaffenproduzent und -exporteur Heckler & Koch (H&K) Europas tödlichstes Unternehmen. Mehr als zwei Millionen Menschen haben bislang ihr Leben durch Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen verloren, zugleich überlebten weitaus mehr Menschen den Beschuss. Verstümmelt, verkrüppelt und traumatisiert vegetieren Millionen Menschen ohne jegliche medizinische Betreuung in Ländern wie Somalia, dem Sudan oder in Türkisch-Kurdistan.

Der Widerstand gegen Heckler & Koch hat sich bereits vor Jahrzehnten am Stammsitz in Oberndorf am Neckar und weit darüber hinaus formiert. Doch gerade in den letzten Jahren können wir beachtliche Erfolge in der gewaltfreien Auseinandersetzung mit H&K vermelden.

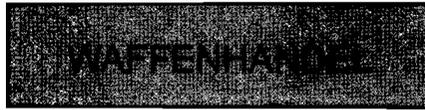
Mit meiner Strafanzeige vom April 2010 gegen führende H&K-Beschäftigte – unter ihnen zwei frühere Vorsitzende – wegen illegaler G36-Sturmgehwereexporte in beliefungsverbotene Unruheprovinzen Mexikos, konnte eine juristische Lawine losgetreten werden. Das Medienecho ist weltweit sensationell. Ende des Jahres steht das Urteil des Landgerichts Stuttgart an – das finale Gerichtsurteil wird in ca. zwei Jahren vor dem Bundesgerichtshof erwartet. Mit der Gründung der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (KA H&K) durch das RüstungsInformationsBüro (RIB e.V) in Freiburg in Zusammenarbeit mit Ohne Rüstung Leben in Stuttgart tragen wir seit Anfang 2018 den Widerstand gegen weltweit skrupellose Kleinwaffenexporte – Jahr für Jahr mit mehr Aktionär*innen unsererseits – in die H&K-Hauptversammlungen hinein. Nicht ohne Grund haben H&K-Vorstand und -Aufsichtsrat nunmehr ihre „Grüne-Länder-Strategie“ verkündet: keine Kriegswaffenexporte mehr in Staaten außerhalb der NATO und EU – also nicht länger nach Saudi-Arabien und deren Verbündete.

Im Frühjahr 2018 gründeten wir beim RIB e.V. das GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE. Mit dem GN-STAT gelingt es uns – beispielsweise durch FALL 02 – den Skandal widerrechtlicher Gewehrexporte nach Mexiko in alle Welt zu tragen. Wir übersetzen schon heute in mehrere Weltsprachen: Englisch, Russisch, Spanisch, Portugiesisch und Deutsch sind Standard, zudem in FALL 01 Französisch, Türkisch, Kurdisch und Armenisch. Wir geben den Tätern Name und Gesicht – die ersten Täterprofile finden sich jetzt im Netz. FALL 03 zu den weltweiten Rüstungsexporten Israels folgt in Kürze. Anfang 2019 dann der Fall MÖRDERISCHE GRENZEN, also zur Flüchtlingsabwehr durch „Border Security“.

Interessent*innen und Unterstützer*innen der Kritischen Aktionär*innen H&K, des GN-STAT und des jüngst in Wien ins Leben gerufenen RüstungsInformationsBüro Österreich sind herzlich willkommen. Das RIB in Österreich ist in Ergänzung zum RIB e.V. in Deutschland gegründet worden. Die Aktiven übernehmen die Vertretung bei den Vereinten Nationen in der österreichischen Bundeshauptstadt. Gemeinsam mit Pax Christi, dem Versöhnungsbund, der Solidarwerkstatt Linz und der Steirischen Friedensplattform erarbeiten wir zurzeit den Rüstungsatlas Österreich.

Stachel im Fleisch – Wie die Kritischen Aktionär*innen die H&K-Geschäftsführung massiv unter Druck setzen

21. September 2018. Ein Szenario, das es so in Deutschland noch nicht gegeben hat. Vorne auf dem Podium im Rottweiler „Badhaus“ im Südwesten Deutschlands mühen sich Vorstand und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft Heckler & Koch AG (H&K AG). Im Auditorium sitzen in drei breit aufgestellten Bankreihen rund vierzig Aktionärinnen und Aktionäre, al-



lesamt Mitbesitzer des Unternehmens. Doch anders als bei den üblichen Jahreshauptversammlungen rüstungsproduzierender und -exportierender Unternehmen sind die Vertreter der Kapitalseite diesmal nicht in der Mehrheit, schon gar nicht mit Wortbeiträgen. Denn zwanzig Teilnehmer geben sich schnell als Mitglieder der jüngst gegründeten Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch zu erkennen. Mit nur einer Aktie können sie Fragen stellen und Gegenanträge auf Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat einbringen. Sie vertreten die bundesweite Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ mit ihren rund 150 Mitgliedsgruppierungen. Zu den pazifistischen Organisationen zählen maßgeblich das RüstungsInformationsBüro, die DFG-VK, pax christi, Ohne Rüstung Leben, die Ärzteorganisation IPPNW und das GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE.

Um zu verstehen, welch einmaliges Szenario sich an diesem Septembertag bei der 4. Jahreshauptversammlung der Heckler & Koch AG abspielte, muss man die blutige Historie von Deutschlands führendem Kleinwaffenproduzenten kennen. Heckler & Koch, hatte sich in den Jahrzehnten nach seiner Gründung 1949 zum führenden Gewehr- und Pistolenexporteur Europas entwickelt.

Ebenso hemmungslos wie skrupellos wurden seit den 60-er Jahren des vorigen Jahrhunderts – wohl gemerkt ganz legal mit zustimmender Unterstützung der jeweiligen Bundesregierungen – Millionen von G3- und G36-Gewehren sowie MP5-Maschinenpistolen in Krisen- und Kriegsgebiete in aller Welt exportiert. Fünfzehn Lizenznehmer produzierten und produzieren seither die Todesprodukte aus Oberndorf, die zuhauf auf den Schlachtfeldern in Asien, Afrika und Lateinamerika zum Einsatz kommen. Die Opferzahlen gehen in die Millionen. Doch berührt uns mehr als jede Zahl das Leben und Sterben von Menschen, deren Schicksal wir näher kennen. So wie das von Pädagogikstudenten in Iguala im mexikanischen Bundesstaat Guerrero.

Mit in der Nacht vom 26. zum 27. September 2014 – nahezu genau vier Jahre vor besagter 4. Hauptversammlung der Heckler & Koch AG – attackierten Polizisten und weitere Bewaffnete einen Bus, in dem sich junge Lehramtsstudenten der Pädagogischen Hochschule von Ayotzinapa auf dem Weg zu einer

Demonstration für mehr Bildung befanden. Sechs der Studenten starben, 40 wurden teilweise schwer verletzt, 43 gefangen genommen und sind seither verschwunden.

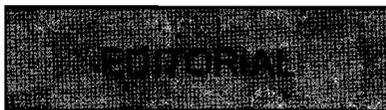
Beschossen wurden die Studenten mit Waffen mehrerer Bautypen, auch mit G36-Gewehren von Heckler & Koch. Mehr als 8000 dieser Sturmgewehre durften mit Genehmigung der Bundesregierung nach Mexiko-City und in vermeintlich sichere Regionen geliefert werden, keinesfalls aber in die verbotenen Unruheprovinzen Chihuahua, Chiapas, Jalisco und eben Guerrero.

Unsere Strafanzeigen bringen die Täter vor Gericht – noch nicht zwingend ins Gefängnis

Nachdem mir ein Whistleblower von Heckler & Koch umfangreiches Material über diesen illegalen Export von Kriegswaffen zur Verfügung gestellt und ich dieses auf seinen Wahrheitsgehalt überprüft hatte, stellte ich im April 2010 über meinen Rechtsanwalt Holger Rothbauer Strafanzeige gegen mehrere Mitarbeiter von Heckler & Koch – unter ihnen zwei Geschäftsführer. 2015 endlich erhob die Stuttgarter Staatsanwaltschaft Anklage, seit Mai dieses Jahres läuft das Strafverfahren vor dem Landgericht Stuttgart.

Das Urteil wird noch vor Weihnachten erwartet. Allzu viel dürfte in dieser Runde dabei nicht herauskommen, denn der Vorsitzende Richter verschließt die Augen vor den tödlichen Folgen der G36-Gewehrexporte nach Mexiko. Mit juristischen Winkelzügen stellt er sich schützend vor die Angeklagten. So erkennt er die zentralen Endverbleibserklärungen nicht als Teil der Verträge an – trotz vorliegender Gegenbeweise – was im schlimmsten Fall zu Freisprüchen führen könnte. Dann müsste die Staatsanwaltschaft Revision einlegen und der Exportskandal würde – wohl 2019/2020 – vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe beschieden werden.

In eben dieser Zeit des Strafverfahrens fiel die 4. Heckler & Koch-Hauptversammlung. So weit möglich, versteckte sich die H&K-Führung hinter dem Satz: „Zu einem laufenden Gerichtsverfahren sagen wir nichts.“
(Fortsetzung S. 4)



Liebe Leserinnen und Leser!

Nun ist die Katze aus dem Sack. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannte sich dazu, an einer Vision zu arbeiten, aus der heraus eines Tages eine echte europäische Armee geschaffen werden könnte. In einer großen Rede vor dem Europäischen Parlament am 13. November 2018 in Straßburg sprach sie dieses Thema erstmals in dieser Klarheit an, wenngleich ihre Ausführungen noch wesentlich vorsichtiger klangen, als etwa beim französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Macron hatte schon wiederholt eine europäische Armee gefordert – und das möglichst bald. Merkel sah diese Armee keineswegs als Konkurrenz zur NATO sondern als Ergänzung und forderte gleichzeitig eine koordinierte gesamteuropäische Rüstungsindustrie.

Merkel wie Macron sehen diesen Weg als Notwendigkeit einer Neuorientierung in den transatlantischen Beziehungen und einer Emanzipation Europas, wenn „die Verbündeten derzeit traditionelle Allianzen infrage stellen“. Gemeint ist die unberechenbare Außen- und Sicherheitspolitik der Trump-Administration. Solche Entwicklungen werden in Fachkreisen schon länger diskutiert. Eine eigene, schlagkräftige EU-Streitmacht wäre dann nicht mehr so stark von den USA abhängig. Dabei kommt immer auch der Aufbau einer eigenen Nuklearkapazität ins Spiel, was wohl das Friedensgefüge in Europa empfindlich stören würde. In diesem Fall, aber bereits bei einer EU-Armee, dürfte Österreich auf Grund seiner Neutralität nicht mitmachen, wohl aber bei allen rüstungspolitischen Entscheidungen im Rahmen einer rüstungsindustriellen Zusammenarbeit und in der EU-Verteidigungsagentur.

Die kürzlich in den USA abgeschlossenen Wahlen zum Kongress und für andere Ämter hat einen Trend weg von der Republikanischen Partei des amtierenden Präsidenten Donald Trump gezeigt. Es gingen mehr Menschen zur Wahl und vor allem Jüngere und Frauen gaben hier vielfach den Ausschlag für alternative Kandidaten. Auch die anhaltenden Proteste gegen die Waffengesetze und die NRA (National Rifle Association) spielten hier eine Rolle. Trumps zynische Waffen-für-alle-Politik wurde von einer immer größeren Solidaritätsgemeinde mit den Opfern diverser Schusswaffenmassaker beantwortet.

Saudi-Arabien steht nicht nur wegen des Mordes an dem Journalisten Jamal Khashoggi im Konsulat in Istanbul am Pranger, sondern auch durch schrecklichen Luftangriffe im Jemenkrieg mit zahlreichen zivilen Opfern. Es fällt vielen westeuropäischen Staaten inklusive Österreich schwer, von den lukrativen Rüstungsgeschäften mit dem Golfstaat Abstand zu nehmen. Nach Medienberichten hatte Österreich für 2016 neun Exportlizenzen für Waffen, Zubehör, Fahrzeuge und Schutzausrüstung im Wert von 10 Millionen Euro bei der EU eingemeldet. Der Leitartikel des vorliegenden Heftes beschäftigt sich mit weltweiten Rüstungsgeschäften im Kleinwaffensektor. Jürgen Grässlin, ein ausgewiesener Experte und Aufdecker, hat ihn für betrifft frieden verfasst.

In der Reihe „betrifft frieden stellt vor“ berichten wir diesmal über die Steirische Friedensplattform.

Wir danken allen Menschen, die uns mit dem Zahlschein finanziell unterstützt haben und bitten jene, die noch nicht überwiesen haben, um ihren Beitrag für unsere Friedensarbeit.

Manfred Sauer, Chefredakteur

FOTONACHWEISE:

Bild auf S. 5: Quelle/Fotografin: Ruth Rohde, RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)

Bilder auf S. 8 und 9: Quelle: Steirische Friedensplattform

Um ein regelmäßiges Erscheinen von betrifft frieden sicherzustellen, ersuchen wir unsere Leserschaft um einen entsprechenden Kostenersatz.

Jahresbezug (4 Ausgaben) Euro 16.-- (ermäßigt nach Rücksprache mit der Redaktion Euro 10.--). Mitgliedsbeitrag ÖFR Euro 24.--(erm. 15.--). Spende x

BIC: BKAUATWW

IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

Kennwort Zeitung

**Danke für Ihren finanziellen Beitrag
ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien
pax.vienna@chello.at
Bitte teilen Sie uns Adressänderungen
rechtzeitig mit.**

ERFOLGREICHER WIDERSTAND GEGEN EUROPAS TÖDLICHSTEN WAFFENEXPORTEUR

Mit dem GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE bringen wir Licht ins Dunkel der weltweit agierenden Rüstungsindustrie, aufgezeigt am Beispiel von Heckler & Koch

(Fortsetzung von S. 2)

Spannend wurde es dennoch, nachdem der Vorstandsvorsitzende Jens Bodo Koch, der erst seit Mai im Amt ist, die schlechten Bilanzahlen des Unternehmens kundtat und der Aufsichtsratsvorsitzende Dieter John anschließend die Generaldebatte eröffnete. Zu Wort meldeten sich dreizehn Rednerinnen und Redner. Wie sich schnell herausstellte, allesamt Mitglieder der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (oder ihnen zumindest nahe stehend).

Das Feuerwerk der rund 200 kritischen Fragen brachte die H&K-Mitarbeiter im Backoffice mächtig zum Schwitzen, mehrfach musste die Beantwortung der Fragen durch Koch und John unterbrochen werden, denn die Antworten fielen vielfach schwer.

Ein erster und wahrlich gewichtiger Erfolg der Strafanzeige im G36-Mexiko-Verfahren war bereits zuvor offenbar geworden: Heckler & Koch hatte seine „Grüne-Länder-Strategie“ veröffentlicht, wonach zukünftig ausschließlich „grüne Länder“ in der NATO, NATO-assoziierte oder EU-Staaten mit Waffen beliefert werden. Demnach darf zukünftig keine Kriegswaffe von Heckler & Koch jemals mehr nach Mexiko oder Lateinamerika exportiert werden. Ob diese Vorgabe stimmt, die Koch und John auf der Hauptversammlung nachdrücklich bekräftigten, muss kritisch überprüft werden. Denn dank der Recherchen des RüstungsInformationsBüros konnte in der Hauptversammlung im September 2018 wiederholt belegt werden, dass die H&K-Geschäftsführung aktuell neue Waffenexporte in „gelbe“ oder gar „rote“ Länder vollzogen hat. So erhalten Indonesien, Malaysia und Südkorea H&K-Waffen als „Altaufträge“. Topaktuell genehmigte der Bundessicherheitsrat unter Führung von Bundeskanzlerin Merkel gar sogar den Export von Rohren für MP5-Maschinenpistolen von H&K nach Indien und Hongkong.

Auch die Antworten auf die Fragen kritischer Aktionäre nach den G36-Exporten nach Mexiko wecken massive Zweifel an der Ernsthaftigkeit des H&K-Vorstandes. „Wir bedauern diese Verbrechen“, verkün-

dete Jens Bodo Koch – ohne jegliche Entschuldigung für die Beihilfe zum Morden in Mexiko durch den Export abertausender G36-Sturmgewehre. H&K-Waffen seien dazu da, in den Händen von Polizisten „Opfer zu schützen“. Bei Exporten würde sich das Unternehmen immer „streng an Recht und Gesetz halten“ – was für Phrasen angesichts des tödlichen Einsatzes von H&K-Gewehren in den Händen mexikanischer Polizisten und Drogenbanden.

Nationale Ansätze greifen zu kurz – wir müssen den Widerstand gegen Waffenhandel weltweit vernetzen

Die Entwicklung im Rüstungsexportbereich zeichnet sich weltweit durch Verlagerung aus. Rüstungsfirmen verlegen ihre Produktionskapazitäten in Länder, in denen die Exportkontrollen noch laxer sind und von wo aus der Waffentransfer noch skrupelloser erfolgen kann. Pars pro toto sei die Rheinmetall AG genannt, Deutschlands führender Rüstungskonzern. Der Düsseldorfer Konzern hat ein Joint Venture mit dem Munitionsfabrikanten Denel in Südafrika geschlossen, von wo aus 38 <|> Munitionsfabriken weltweit aufgebaut werden sollen. Mit RWM Italia auf Sizilien ist es dem Unternehmen schon jetzt gelungen, großkalibrige Munition nach Saudi-Arabien zu exportieren, die seither todbringend seitens der saudi-arabischen Streitkräfte im Jemen-Krieg eingesetzt werden.

Wer das Defizit fehlender weltweiter Vernetzung aller Gegner*innen des global agierenden Rüstungsexports durch einen umfassenden Ansatz beheben will, darf nicht in nationalen oder kontinentalen Kategorien denken. In diesem Sinne treten wir den in aller Welt agierenden Rüstungsexporteur*innen in Industrie, Politik, Lobbyverbänden, Banken und beim Militär mit unserem neu gegründeten GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT) entgegen.

Mit dem GN-STAT wollen wir rund um den Globus informieren und den weltweiten Widerstand unterstützen, fördern und vernetzen. Hierzu werden wir mit allen Menschen kooperieren, die sich aktiv gegen Rüs-

WAFFENHANDEL

stungsexporte eintreten – mit der sozialen Bewegung, mit Journalist*innen, Autor*innen, Kriegs-fotograf*innen, Filmemacher*innen, Whistleblower, Ärzt*innen, Rechtsanwält*innen, Künstler*innen und eben Friedens- und Menschenrechtsorganisationen mit ihren Aktivist*innen in aller Welt.

Auf der Website des GN-STAT <<www.gn-stat.org>> informieren wir über todbringende Fälle von Waffenexporten weltweit, beginnend in der Neuzeit (siehe „Cases“ / „Fälle“). Wir geben den Tätern in Politik, in der Rüstungsindustrie, beim Militär, in Lobbyverbänden und bei Banken Name und Gesicht (siehe „Individual Offenders“ / „Einzeiltäter“). Wir arbeiten mit Ärzt*innen zusammen, die die Opfer des Einsatzes von Kriegswaffen betreuen und geben Opfern eine Stimme (siehe Victims“ / „Opfer“). Damit wir unsere Ziele erreichen, erstatten wir gemeinsam mit Jurist*innen und NGOs Strafanzeigen oder unterstützen andere Organisationen im Fall des dringenden Tatverdachts von illegalem Waffenhandel unabhängig von deren Position, Organisation oder politischer bzw. offizieller Funktion. Und wir formulieren die besten Argumente gegen Waffenexporte.

Basissprache der Website ist Englisch, zudem erscheinen unsere Recherchen anfangs in Deutsch, Portugiesisch, Russisch und Spanisch; seit Herbst nunmehr beginnend auch in Französisch. Im Verlauf des Jahres 2019 sollen auch Italienisch, Arabisch, Chinesisch und Persisch hinzukommen

Jürgen Grässlin ist Strafanzeigenerstatter gegen H&K im Fall der illegalen G36-Gewehrexporte nach Mexiko, Sprecher mehrerer Friedensorganisationen in Deutschland, Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Träger zahlreicher Preise für Frieden, Zivilcourage, Menschenrechte und Medienrecherche sowie Mitbegründer des neuen GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT).

Mitmachen beim GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE!

Sende uns Berichte, Dokumente und Fotografien zu einem internationalen Rüstungsexportdeal, zu dem du recherchiert hast – gerne aus Österreich!

- Verfasse Texte über dir bekannte Waffengeschäfte oder Täterprofile, z.B. österreichischer Rüstungsmanager, Politiker, Militärs, Lobbyisten oder Banker!
- Übersetze unsere Texte in eine andere Sprache!
- Spende, so dass wir den Auf- und Ausbau des GN-STAT finanzieren können.

Kontakte

Für die Koordination des GN-STAT

ArmsInformationCentre /
RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.),
Stühlingerstraße 7, 79106 Freiburg, Deutschland
Tel.: 0049-(0)761-76 78 088,

Fax: 0049-(0)761-76 78 090

cc. Jürgen Grässlin,

E-Mail: jg@rib-ev.de, graesslin@dfg-vk.de

Web: www.rib-ev.de und www.gn-stat.org siehe u.a. FALL/CASO 02 zu H&K G36 nach Mexiko

Kontakt für die Website des GN-STAT

Stephan Möhrle, Mob.: 0049-(0)15222 - 636 531,

E-Mail: moehrle@rib-ev.de, friedl@rib-ev.de

RüstungsInformationsBüro Österreich

Ledergasse 23/3/27, 1080 Wien, Österreich

E-Mail: rib@rib-ev.at

cc Magdalena Friedl, Direktorin des Büros in Wien

Mob.: 0049-172 796 3848

E-Mail: Friedl@rib-ev.at



Protest bei der Heckler & Koch Hauptversammlung am 21. 9. 2018 in Rottweil



ÖSTERREICHS AUSSTIEG AUS DEM MIGRATIONSPAKT ALS FAKE NEWS-POLITIK

Der von der österreichischen Bundesregierung wortreich erklärte Ausstieg aus dem Migrationspakt der Vereinten Nationen hat international und national nur Kopfschütteln und Unverständnis ausgelöst. Ein auf internationale Zusammenarbeit angewiesener Kleinstaat wählt die Selbstisolierung und setzt damit ein Zeichen gegen den Multilateralismus der Vereinten Nationen, deren dritter Sitzstaat er ist. Die Begründung ist mehr als schwach: es werde zu wenig zwischen regulären und irregulären Migrant/inn/en unterschieden, doch gerade dies ist ein Anliegen des Paktes, der eine sichere, geordnete und reguläre Migration auf Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte stärken will.

Die österreichische Bundesregierung kritisiert etwa das Ziel der verbesserten Inklusion von Migrant/inn/en in den Arbeitsmarkt als auch die Ziele der Möglichkeit der Übertragung von Ansprüchen in die Sozialversicherung, des verbesserten Zugangs zur Bildung und zum Gesundheitssystem, die Verhinderung von rassistischem, ethnischem oder religiösem „profiling“, der besseren Verfolgung von Hassverbrechen und das Verbot von Sammelabschiebungen. Alle diese Ziele sind bereits im Bereich der Menschenrechte verankert, das Verbot von Kollektivausweisungen von Ausländern findet sich im 4. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention, die in Österreich im Verfassungsrang steht. Die Bundesregierung positioniert sich somit gegen geltende Menschenrechte.

Weiters wird behauptet, der Migrationspakt beinhalte ein Recht auf Migration, welches sich freilich nirgends findet. Zudem wird die Befürchtung geäußert, Teile des Migrationspaktes könnten in Zukunft etwa über Verweisungen der Gerichte auf den Pakt Gewohnheitsrecht werden, was aus völkerrechtlicher Sicht nicht zutrifft, da dafür ein globaler Rechtserzeugungswille und eine entsprechende Praxis Voraussetzung sind, die höchst unwahrscheinlich erscheinen. Die Präambel stellt unmissverständlich klar, da es sich um einen rechtlich nicht verbindlichen Rahmen für die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen handelt und die Souveränität der Staaten dadurch nicht beeinträchtigt wird. Vielmehr geht es um ein gemeinsames Bemühen,

die Steuerung der Migration zu verbessern, deren Ursachen zu bekämpfen, gegen den Menschenhandel vorzugehen und eine bessere Erfassung und Dokumentation der Migrant/inn/en zu gewährleisten – alles Ziele, die sich bisher auch Österreich auf die Fahnen geschrieben hat, das auch den Migrationspakt aktiv mitverhandelt hat.

Was hat daher den Umschwung der Regierung verursacht? Eine bedeutende Rolle könnten in rechtspopulistischen Kreisen zirkulierende fake news über den Migrationspakt gespielt haben. So wurde dort behauptet, daß dadurch Millionen neue Migrant/inn/en nach Europa kommen würden, dass die Staaten ihre Souveränität aufgeben müssten und dass damit ein Menschenrecht auf Migration begründet würde, alles Behauptungen, die jeder Grundlage entbehren. Dementsprechend begrüßte auch die rechtspopulistische deutsche AfD die österreichische Entscheidung ganz besonders. Österreich stellt sich damit in eine Reihe mit den USA und Ungarn, die beide das Migrationsthema massiv für (wahl)politische Zwecke missbraucht haben, was auch die Hauptmotivation der österreichischen Regierung, insbesondere der FPÖ, zu sein scheint. Dass dafür die Wahrheit geopfert und Österreich international in eine Sackgasse geführt wird, nimmt man in Kauf.

Wolfgang Benedek

Wolfgang Benedek war Leiter des Instituts für Völkerrecht und internationale Beziehung an der Universität Graz, Mitbegründer des European Training and Research Center for Human Rights and Development sowie unterstützendes Mitglied von SA-DOCC.

Dieser Beitrag erscheint im Heft 100/2018 der SA-DOCC-Zeitschrift INDABA. betrifft frieden dankt SA-DOCC für die Druckerlaubnis.

Zur SA-DOCC Webseite:
<https://www.sadocc.at/>



ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ZUM KOMMENTAR

Die türkis-blaue Bundesregierung hat die Nichtunterzeichnung des UN-Migrationspaktes beschlossen und stellt auch in Abrede, dass Österreich ein Einwanderungsland sei. Aktuell werden auch die Vereinigten Staaten von Amerika, Ungarn, Australien, Tschechien, Bulgarien, Estland, Polen und Israel (Stand bei Redaktionsschluss) nicht unterschreiben. Bundespräsident Alexander van der Bellen, Kardinal Christoph Schönborn, Unterrichtsminister Heinz Faßmann oder ÖVP-Fraktionsführer Othmar Karas (Europäisches Parlament) sind nur einige der zahlreichen Kritiker der österreichischen Entschei-

dung. Dazu stellvertretend für viele andere Stimmen die Aussendung von Pax Christi Österreich, in der unter anderem die Schwächung des Systems der Vereinten Nationen ausgerechnet zur Zeit der österreichischen EU-Präsidentschaft bedauert wird. Ein britischer EU-Parlaments-abgeordneter sprach sogar von (absichtlichen) Übersetzungsfehlern aus dem englischen Text für die österreichische Interpretation. Eine wichtige Gegenstimme zur Regierungsentcheidung ist eine Stellungnahme des Grazer Völkerrechtlers Wolfgang Benedek.

(MS)



JOHANNES UDE: WIDERSTANDSKÄMPFER UND FRIEDENSAKTIVIST

Der steirische Priester DDDDr. Johannes Ude (28.2.1874 – 7.7.1965) war in seiner Lebenseinstellung und seinem Handeln in einzigartiger Weise konsequent. Ude hat unter anderem gleich nach der Reichsprogromnacht im November 1938 mit einem Schreiben an den Gauleiter des „Gaus Oberdonau“ gegen das barbarische Vorgehen des Regimes protestiert. Gauleiter Sigfried Uiberreither verzichtete auf harte Strafen und verbannte ihn nur nach Grundlsee (steirisches Salzkammergut), wo Ude nun verdeckt im Ausseer Widerstand mithalf. Ude wurde noch zweimal wegen Anprangerung der Judenverfolgung bzw. wegen „Feindbegünstigung und Wehrkraftzersetzung“ verhaftet. Auf letzteres stand damals die Todesstrafe, die von einem besonnenen Gestapobeamten hinausgezögert und Ude so nach dem baldigen Kriegsende enthaftet wurde.

Johannes Ude war kompromissloser Pazifist und thematisierte immer wieder Friedens- und Abrüstungsfragen. Er erkannte die Gefahr einer atomaren Rüstung und nahm dagegen Stellung. Für sein Eintreten gegen Krieg und Rüstung wurde er insgesamt zwölf Mal von verschiedenen Seiten für den

Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Er ließ sich weder von politischen noch von kirchlichen Stellen in seinen Meinungen abbringen. Bemerkenswert war auch seine Kandidatur bei der ersten Bundespräsidentenwahl der Zweiten Republik (1951) als Parteiloser. Bedingt durch seinen geringen Bekanntheitsgrad erhielt er nur 5.413 Stimmen. Ude hielt in mehreren Ländern rund 4.000 Reden, veröffentlichte 150 Bücher und Broschüren und schrieb 16.000 Briefe zu verschiedensten Themen seiner Lebenswirklichkeit und seines Engagements. (MS)

PAX CHRISTI HAT WIEDER EINEN BISCHOF

Hermann Glettler ist neuer Bischof der katholischen Friedensorganisation Pax Christi Österreich. Bischof Glettler wurde am 27.9.2017 von Papst Franziskus zum Bischof der Diözese Innsbruck bestimmt und am 2.12.2017 geweiht. In der Bischofskonferenz vom November 2018 wurden Bischof Glettler die Bereiche Kunst und Kultur, der kirchliche Denkmalschutz, die Bischöfliche Kommission für Weltmission und Pax Christi Österreich zugeteilt. Glettler ist bei Pax Christi Nachfolger von Bischof Manfred Scheuer (Diözese Linz). (MS)

DIE STEIRISCHE FRIEDENSPLATTFORM

Wir sind eine überparteiliche Gruppe von FriedensaktivistInnen. Bei einzelnen Mitgliedern reicht das Friedensengagement zurück bis in die 1980er-Jahre, der Zeit der NATO-Nachrüstung von atomar bestückten Pershing II Mittelstreckenraketen in Deutschland.

Kein Friede ohne Gerechtigkeit

Die Frage des Friedens sehen wir eng mit der Frage der Gerechtigkeit verbunden. Der Focus unserer Analysen ist ein globaler. Er richtet sich auf die kriegstreibenden Strukturen und ökosozial-zerstörerischen Folgen des neoliberal enthemmten Kapitalismus. Dessen Herrschafts- und Zerstörungsmacht bündelt sich vor allem in der NATO, deren gigantischen Militärausgaben 2017 - laut dem schwedischen Friedensinstitut SIPRI - bei ca. 900 Mrd. US-Dollar lagen, das sind ca. 52 % der weltweiten Rüstungsausgaben von 1,7 Billionen US-Dollar. Die 2% BIP-Vorgabe bei Rüstungskosten der NATO für ihre Mitgliedsstaaten wird zwingend einen weiteren Aufrüstungsschub und vermehrt kriegerische Interventionen des Westens in seinen Hinterhöfen nach sich ziehen. Mit nur 300 Mrd. US-Dollar jährlich könnten hingegen - laut Schätzung der UN - bis 2030 die friedenssichernden 17 Ziele für eine nachhaltige globale Entwicklung erreicht werden.

Der Kapitalismus im aktuellen Krisenmodus

Die NATO-Osterweiterung der letzten 20 Jahre, das Scheitern der internationalen Politik an einer nachhaltigen Bändigung der enthemmten Finanzmärkte, die ungebrochenen Aufrüstungsbestrebungen einschließlich der Modernisierung der Atomwaffenarsenale der Großmächte, die Kriege und Krisen in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten, die Rechts- und Wende in Lateinamerika, die Versuche der europäischen Eliten über ihr Konzept der „Ständig strukturierten Zusammenarbeit“/SSZ/PESCO eine militariserte EU-Hegemonialmacht zu formen, die zunehmenden Wahlerfolge nationalistisch-autoritärer Politiken, die Abschottung der Festung Europa vor humanitären Herausforderungen - alle diese Entwicklungen erkennen wir als Auswirkungen eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus im Krisenmodus.

Bei der Suche nach gewaltfreien oder zumindest gewaltminimierenden Konfliktlösungen und globaler sozialer Gerechtigkeit orientieren wir uns am Leitwert der parteiisch-gelebten Solidarität mit unterdrückten und von Krieg bedrohten Völkern und an deren international verbrieften Menschen- und Völkerrechten.



Aktionen, Flugis, Kundgebungen, Veranstaltungen, Vernetzungen

In unseren Aktivitäten nutzen wir das bekannte Instrumentarium der Friedensbewegungen. Wir veranstalten Kundgebungen, nehmen an diversen sozial- und friedenspolitischen Veranstaltungen und Demonstrationen teil, verfassen Medieninformationen und Leser/innenbriefe und organisieren öffentliche Vorträge zu friedenspolitisch relevanten Themen. Dabei bearbeiten wir eine große inhaltliche Bandbreite. Jüngste Beispiele sind etwa ein Vortrag über die neokolonialen EU-Freihandelsverträge mit den afrikanischen Staaten, ein Vortrag über die Militarisierung der EU oder der Besuch der Gedenkstätte am Grazer Feliferhof, wo die SS gegen Ende des 2. Weltkrieges hunderte Menschen ermordete. Immer suchen wir dabei die Vernetzung mit anderen themenspezifisch arbeitenden Initiativen und Einrichtungen, vom Afro-Asiatischen Institut, über Attac, das Friedensbüro der Stadt Graz, der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen, Migrant/innenorganisationen, Pax Christi, der Österreichische Liga für Menschenrechte bis hin zu Südwind und dem Weltladen. Bei mehrstündigen Info-Ständen im Grazer Stadtzentrum wenden wir uns mit Flugblättern und via Tonanlage an die allgemeine Öffentlichkeit. Bisweilen sammeln wir Unterschriften, etwa für parlamentarische Bürgerinitiativen. Die Planung erfolgt bei monatlichen Treffen des AktivistInnenkreises.

Unsere aktuelle Schwerpunktsetzung liegt bei den Themen Nahost, Palästina-Solidaritätsarbeit und der Mitarbeit am Projekt „Rüstungsatlas Österreich“.

Forderungen an die Österreichische Politik

Im national österreichischen Kontext fordern wir die Kooperation Österreichs mit der NATO zu beenden. Die Teilnahme unserer Soldaten an den EU-Battle-groups und das Mitmachen bei der Militarisierung Europas durch Teilnahme an der SSZ lehnen wir ab. Im Rahmen einer aktiven Neutralitätspolitik sollen militärische Kapazitäten ab- und zivile Friedensdienste aufgebaut werden. Das Verbot des Exports von Waffen und der Ausstieg aus der Produktion von Kriegstechnologie durch Rüstungskonversion sind

weitere Ziele unserer Arbeit. Um die UN als weltin-nenpolitische Ordnungsmacht zu stärken soll Österreich auch im globalen Süden breite Allianzen zugunsten einer UN-Reform suchen. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen fordern wir die konsequente Erfüllung unserer Verpflichtung, jährlich 0,7 Prozent des BNP in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Letztlich kann nur ein faires und nachhaltiges Wirtschaftssystem unsere Welt friedlicher machen und Krieg und Elend beenden.

Kontakt: www.friedensplattform.at
Franz Sölkner, Graz



FRIEDENSNOBELPREIS 2018

Die Träger des heurigen Friedensnobelpreises sind Nadia Murad und Denis Mukwege.

Nadia Murad (25) ist Jesidin und wurde 2014 im Irak von IS verschleppt, vergewaltigt und als Sex-Sklavin gehalten. Heute ist Murad UN-Sonderbotschafterin für die Würde von Überlebenden des Menschenhandels.

Denis Mukwege (63) ist Gynäkologe im Kongo und behandelt bzw. betreut tausende Opfer von Grup-

penvergewaltigungen. Im Panzi-Krankenhaus (Bukavu/Kongo) bietet er medizinische, psychologische, juristische und finanzielle Unterstützung an.

Das Nobelpreis-Jury wollte mit der Vergabe des Preises an die beiden Persönlichkeiten auf die immer häufiger vorkommende Praxis von (Gruppen-)Vergewaltigungen als Kriegsmittel aufmerksam machen und mutiges Eintreten gegen Kriegsverbrechen würdigen.

(MS)

Rettet den INF Vertrag

Die Ankündigung des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, den Vertrag mit der damaligen Sowjetunion (heute Russland) zum Verbot der Stationierung atomar bestückter Mittelstreckenwaffen in Europa einseitig aufzukündigen, hat bei vielen europäischen Bündnispartnern und auch international große Besorgnis ausgelöst. Der INF-Vertrag (Intermediate Nuclear Force Treaty) wurde am 8.12.1987 zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan abgeschlossen und trat am 1.6.1988 in Kraft. 2.692 Kurz- und Mittelstreckenwaffen wurden bis Mai 1991 aus Europa entfernt und damit eine massive und dauerhafte Nuklearpräsenz etwa mit SS-20 Raketen oder Pershing II Raketen und BGM-109 Cruise Missiles verhindert. Ohne Zweifel ein wichtiger Teil der bilateralen Verträge zur Eindämmung der nuklearen Bedrohung zwischen den beiden Mächten.

Heute gibt es gegenseitige Beschuldigungen, den Vertrag durch die Stationierung neuer Waffensysteme mit einer nuklearen Option zu brechen. Wird der Vertrag aber ganz außer Kraft gesetzt, droht ein schwer kontrollierbares Wettrüsten, welches eine atomare Auseinandersetzung auf europäischem Boden – eine Gefahr, wie sie eben schon seinerzeit vorhanden war – wieder wahrscheinlicher werden lässt. Die nukleare Abschreckung, wie sie nach wie

vor in den Strategien der großen Atomwaffenmächten verankert ist, birgt das Risiko einer Eskalationsspirale in Richtung eines atomaren Schlagabtausches, je mehr gefährliche Waffen vorhanden sind. Statt sich der Verpflichtung zur Abrüstung zu stellen, wie sie im Artikel VI des AW-Nichtverbreitungsvertrages festgeschrieben ist und wie es der Atomwaffenverbotsvertrag aus dem Jahr 2017 mit der Zustimmung von 122 Staaten vorsieht, werden weiterhin die Arsenale ausgebaut bzw. modernisiert. Sinnvoller wäre es, Atomwaffen aus Europa abzuziehen und die Energie für eine atomwaffenfreie Zone einzusetzen.

Ungeachtet von Schuldzuweisungen für aktuelle Entwicklungen und mutmaßliche Stationierungen bedarf es dringend Verhandlungen für eine zeitgemäße Fassung eines entsprechenden Abkommens. Hier sollten auch andere Staaten, wie etwa VR China, einbezogen werden und die Frage einer gegen bestimmte Nachbarstaaten gerichtete Raketenabwehr nicht ausgeklammert werden. Die Sicherheit in Europa darf nicht wieder durch die heutige unberechenbare Politik und durch nukleare Aufrüstung, wie sie von USA und Russland praktiziert werden, aufs Spiel gesetzt werden.

(MS)



Anti Killer-Robot NGO ICRAC

The International Committee for Robot Arms Control (ICRAC) hat sich auf die Verhinderung ferngesteuerter und autonom agierender Waffensysteme spezialisiert. Wie betrifft Frieden 3/2018 berichtete, ist die Gefahr der Entwicklung und des späteren Einsatzes von Waffensystemen, die ihre Wirkung ohne menschliches Zutun entfalten, hoch aktuell. Bemühungen hier rote Linien in Form von Verboten oder Beschränkungen im Rahmen von Verhandlungen am UN-Standort Genf zu setzen, sind im Gange. Österreich setzt sich für solche Verhandlungen ein. ICRAC wurde 2009 auf Grund der bedenklichen Auswirkungen solcher Systeme (z.B. bewaffnete Drohnen, führerlose Fahrzeuge und Schiffe) und der damit einhergehenden völkerrechtlichen Problema-

tik gegründet. Ein Pool von Wissenschaftlern und Aktivisten aus der Zivilgesellschaft deckt die fachliche Expertise in Politik, Medien, Recht, Technik oder Geisteswissenschaften ab. 2013 nahm die „Campaign to Stop Killer Robots“ ihre Arbeit auf. Sie besteht heute aus 76 internationalen Organisationen aus 32 Staaten. Beide NGOs sind bei den themenbezogenen Verhandlungen gegen autonome Waffen in Genf vertreten. (MS)

Einen Themenschwerpunkt zu diesen Fragestellungen unter „Kriegsführung 4.0“ finden Sie in W & F Wissenschaft und Frieden, 4/2018 (November), Bonn/Darmstadt

stopkillerrobots.org



55 Jahre Partial Test Ban Treaty PTBT – teilweises Testverbot

Über 2.000 Atomwaffenversuche wurden bis heute weltweit durchgeführt. Viele dieser Tests erfolgten oberirdisch. Die Verseuchung der Atmosphäre mit radioaktiven Partikeln war enorm. Zahlreiche Bemühungen, bei der UNO in Genf ein Testverbot zu erwirken, blieben ohne Erfolg. Ende Oktober 1958 trafen sich die USA, die Sowjetunion und Großbritannien zu Verhandlungen über einen Teststopp. Die beiden Großmächte einigten sich auf ein Moratorium (Aussetzung), dem folgten fast alle anderen Nuklearwaffenstaaten für Versuche unterhalb einer bestimmten Sprengkraftgrenze. 1961 setzten USA und Sowjetunion aber ihre Tests fort.

Am 25. Juli 1963 kam es zu einem Abkommen USA-Sowjetunion über ein teilweises Testverbot (PTBT), welches alle Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, unter Wasser und im Weltraum untersagte. Der Vertrag trat – jetzt auch mit Großbritannien – am 10. Oktober 1963 in Kraft, Frankreich und China setzten diese Art der Versuche aber weiter fort. Dem Abkommen schlossen sich auch Indien (1963), Israel (1964) und Pakistan (1988) an. Trotzdem fanden weiterhin hunderte, jetzt mehrheitlich unterirdische, Versuche statt. Dem PTB-Treaty traten mehr als 130

Staaten bei. Ein Vorschlag Gorbatschows 1985 zur Einstellung aller Atomtests und zur Einleitung von Vertragsverhandlungen blieb ungehört. Erst ein neuerliches russisches Moratorium im Oktober 1991 führte zur Aussetzung der Versuche auch durch die USA, Großbritannien und Frankreich.

Eine einstimmige UN-Resolution der Generalversammlung ebnete am 19. November 1993 den Weg für das Mandat über Verhandlungen zu einem umfassenden Atomteststoppvertrag (CTBT – Comprehensive Test Ban Treaty). Erst am 10. September 1996 wurde bei der UNO der Vertragstext mit 158 Pro Stimmen bei drei Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen angenommen. Der Vertrag ist noch nicht in Kraft, da bestimmte namentlich genannte Staaten nicht beigetreten sind bzw. ratifiziert haben. Die Behörde für den CTB-Treaty befindet sich in Wien. Alle technischen Überwachungsanlagen und Labors arbeiten allerdings bereits. Immerhin ermöglichte der PTBT erste wichtige Einschränkungen der Atomversuche, auch hinsichtlich der Gesundheit und der Umwelt. Wesentlich in allen Bemühungen für ein Ende von Atomtests war der Druck der öffentlichen Meinung, nicht nur in der Staaten mit Testgebieten. (MS)

Friedensinitiative 22

Donaucitykirche, Donaucitystraße 2, 1220 Wien, Pfarrzentrum (U1 Kaisermühlen/VIC)

Di. 11. Dezember 2018, 19 Uhr Einblicke in die österreichische Rüstungsindustrie. Über die Erstellung eines Rüstungsatlas Österreich, Lucia Hämmerle (Internationaler Versöhnungsbund)

Di. 8. Jänner 2019, 19 Uhr 25 Jahre Friedensratschlag Kassel. Für Frieden und Abrüstung, jetzt erst recht, **Tagungsbericht**, Alois Reisenbichler und Manfred Sauer

Di. 12. Februar 2019, 19 Uhr In Linz begann's – vor 85 Jahren – Februar 1934, Dr. Wilfried Garscha (DÖW)

Di. 12. März 2019, 19 Uhr Atomwaffen ächten und verbieten! Wege zur Abrüstung, Manfred Sauer (OMEGA/IPPNW)

Di. 9. April 2019, 19 Uhr Öster-reich, Öster-arm – ein „Lokalaugen-schein“ zur aktuellen Einkommensschere, Mag.a Dr.in Manuela Wade (Volkshilfe)

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen Friedensbewegung“. ZVR-Zahl 223988557
 alle: 1170 Wien, Rosensteingasse 69/6
 Gestaltung dieser Ausgabe: Manfred Sauer (MS)
 Layout: Lucia Hämmerle
 Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen Friedensbewegung“.

Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.

Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
 ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
 IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

Di. 14. Mai 2019, 19 Uhr Arme Hunde – reiche Herren: „Augustin“-Texte und Z'widerlieder, Ernst Toman (FI22)

Wiener Friedensbewegung/Pax Christi Wien

So. 13. Jänner 2019, 18 Uhr, Stephansdom, 1010 Wien, **Gottesdienst zum Weltfriedenstag** Dompfarrer Anton Faber, Kaplan Franz Sieder, Pax Christi NÖ (Predigt), Peter Raffetseder, Pax Christi Wien (Friedenslied)

SADOCC

Favoritenstraße 38/Stiege 18/1, 1040 Wien

Do. 20. Dezember 2018, 19 Uhr 100. Ausgabe von INDABA. Präsentation der 100. Ausgabe mit Persönlichkeiten der ersten Stunde

Do. 17. Jänner 2019, 19 Uhr „Sex and Crime“ in der Swahili-Literatur, Daniela Waldburger (Univ. Wien)

betrifft frieden Jahresbezug (4 Ausgaben) Euro 16.-- (ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
 ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)

ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung

DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG
 Mitteilungen an ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien,
 pax.vienna@chello.at

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 4/2018 P.b.b. 11Z039021M 1170 Wien

Unzustellbare Exemplare bitte an:
 Wiener Friedensbüro, 1050 Wien,
 Reinprechtsdorfer Str. 6/2